



**Bund der Steuerzahler
Rheinland-Pfalz e.V.**



GStB

Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz

Anhang

Kreis Ahrweiler führt erfolgreiche Organisationsreform durch

Sozial- und Jugendverwaltung senkt Ausgaben

Bundesweit steigen die Ausgaben im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe selbst dann, wenn der große Kostenblock „Flüchtlinge“ herausgerechnet wird. Dagegen ist es dem Landkreis Ahrweiler gelungen, durch eine ziel- und wirkungsorientierte Steuerung die Kosten in diesem Bereich zu senken. Die Ersparnis beträgt rund eine Million Euro pro Jahr.

Steigende Ausgaben und Fallzahlen in Bereichen des Jugendamtes und der Sozialabteilung waren der Auslöser für einen mehrjährigen Organisationsentwicklungsprozess im Landkreis Ahrweiler. 2012 startete das Vorhaben zusammen mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und allen Mitarbeitern mit dem Ziel, die Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualitätsstandards zu erhöhen. Ergebnis: Sowohl die Strukturen als auch die Abläufe des Verwaltungshandelns wurden deutlich optimiert.

Die Abteilungen des Jugend- und Sozialamts wurden neu aufgestellt. Die Fachbereichsleitung nimmt mit den Abteilungsleitern die Personal-, Finanz- und Organisationsverantwortung wahr, der Sachbereichsleitung obliegt die operative Steuerung. So wurden Entscheidungswege kürzer und die Verantwortlichkeiten klarer.

Gleichzeitig wurden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entsprechend qualifiziert. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Fallmanagement. So wurden beispielweise die Beratung von Familien und die Leistungen des Pflegekinderdienstes im Jugendamt ausgebaut. Zusammen mit dem neu eingeführten Fach- und Finanzcontrolling konnte der Kreis somit seine Planungs- und Steuerungsverantwortung in beiden Abteilungen deutlich optimieren. Insgesamt wurden zehn neue Stellen geschaffen.

Wie erfolgreich die Organisationsentwicklung ist, zeigte sich bereits im ersten Jahr der Umsetzung. Bis heute ist es dem Landkreis Ahrweiler gelungen, durchschnittlich rund eine Million Euro pro Jahr im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe einzusparen.

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) – ohne Berücksichtigung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – liegt der Kreis Ahrweiler mit 432 Euro je Einwohner deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 491 Euro je Einwohner. Dies hängt auch damit zusammen, dass es gelungen ist, den Anteil teurer stationärer HzE von 64 Prozent im Jahr 2012 auf 55 Prozent im Jahr 2016 und 53 Prozent im Jahr 2017 zu senken. Stationäre HzE verursachten 2012 noch Ausgaben von 7,6 Mio. Euro, in 2017 gab der Landkreis dafür trotz der Tarifsteigerungen nur noch 6,2 Mio. Euro aus.

Strukturelle Veränderungen und die Reform gewohnter Verwaltungsabläufe sind nicht einfach. Auch die Einsicht, dass die Steuerung verbessert werden kann, fällt oft schwer. Der Landkreis Ahrweiler hatte den Mut, im sensiblen Bereich der Sozial- und Jugendhilfe einen solchen Prozess zu durchlaufen. Der Erfolg der Maßnahmen gibt dem Landkreis Recht. Von 2013 bis 2017 sparte Ahrweiler bereits mehr als fünf Mio. Euro ein, obgleich das Personal aufgestockt wurde. Der Spar-Euro 2018 würdigt das Handeln des Landkreises als vorbildlich.